S 27 AS 2440/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Sachsen-Anhalt

Sozialgericht Sozialgericht Halle (Saale)

Sachgebiet Grundsicherung für Arbeitsuchende

Abteilung 27
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 27 AS 2440/17

Datum 04.07.2019

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Die Klage wird abgewiesen. Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten. Die Berufung wird zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten steht die Erstattung der notwendigen Aufwendungen f $\tilde{A}^{1/4}$ r zwei Widerspruchsverfahren im Streit.

Die Klä¤gerinnen standen fortlaufend im Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch â Grundsicherung fã¼r Arbeitsuchende (SGB II). Mit Aufhebungs- und Erstattungsbescheid bezã¼glich der Klä¤gerin zu 1) vom 30. Juni 2016 forderte der Beklagte Leistungen fã¼r 9/2014 bis 10/2014 in Hã¶he von 294,39 Euro, unter anderem wegen Einkommens aus Kindergeld, zurã¼ck. Mit Aufhebungs- und Erstattungsbescheid bezã¼glich der Klã¤gerin zu 2) vom 30. Juni 2016 forderte der Beklagte Leistungen fã¼r 9/2014 bis 10/2014 in Hã¶he von 301,60 Euro, unter anderem wegen Einkommens aus Kindergeld, zurã¼ck. Hiergegen legten die Klã¤gerinnen â jeweils vertreten durch ihren Prozessbevollmã¤chtigten â jem 28. Juli 2016 Widerspruch ein. Die ausfã¼hrlichen Begrã¼ndungen der beiden Widersprã¼che sind nahezu

gleichlautend und unterscheiden sich lediglich in einzelnen Worten ("die Widerspruchsführerin" bzw. "die Mutter der Widerspruchsführerin"). Aus der Begründung der Widersprüche geht hervor, dass ein Mandantengespräch (zumindest vor der Erstellung der Widerspruchsbegrļndungen) lediglich mit der KIägerin zu 1) "als Sprecherin der Bedarfsgemeinschaft" stattgefunden hat. Die Beklagte erlieà am 9. November 2016 jeweils gegenüber der Klägerin zu 1) und der KlÄzgerin zu 2) Abhilfebescheide, mit denen jeweils die Aufhebungs- und Erstattungsbescheide vom 30. Juni 2016 aufgehoben wurden und jeweils hinsichtlich die Erstattung der im Widerspruchsverfahren entstandenen Kosten â∏∏ auf Antrag und soweit sie notwendig waren und nachgewiesen werden â∏∏ erklärt wurde. Mit zwei AntrĤgen vom 15. November 2016 beantragte der Prozessbevollmächtigte die Kostenfestsetzung fþr die Klägerin zu 1) und zu 2) jeweils in Höhe von 380,80 Euro bei dem Beklagten. Mit Kostenfestsetzungsbescheid vom 7. MĤrz 2017 wurden die zu erstattenden Kosten der beiden Widerspruchsverfahren auf insgesamt einmalig 487,90 Euro festgesetzt. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass die Widerspruchsverfahren dieselbe Angelegenheit im vergütungsrechtlichen Sinne bilden, so dass nur eine Geschäftsgebühr von 300 Euro, erhöht um 30 % für einen weiterer Auftraggeber in derselben Angelegenheit, mithin 390 Euro, zu berücksichtigen gewesen sei. Bezüglich der Widerspruchserhebung sei von einem einheitlichen Auftrag auszugehen. Hiergegen legten die Klägerinnen â∏ vertreten durch ihren Prozessbevollmächtigten â□□ am 16. März 2017 Widerspruch ein. Zur Begründung führten sie aus, dass vorliegend zwei rechtliche Angelegenheiten gem. <u>§ 17 Nr. 1a</u> Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) und nicht lediglich eine rechtliche Angelegenheit gem. § 15 Abs. 2 RVG vorlAzgen. Es hAzten jeweils selbstĤndige Verwaltungsakte vorgelegen, welche auch einzeln als Angelegenheit angegriffen werden mÃ1/4ssten. Verwaltungsakte gegen verschiedene Personen seien immer eigenstĤndige Verfahren und somit eigene Angelegenheiten. Anders sei dies bei Bedarfsgemeinschaft, eine solche habe hier jedoch nicht vorgelegen. Auch bestehe ein Haftungsrisiko des ProzessbevollmĤchtigten gegenļber der jeweiligen Widerspruchsführerin. Es seien auch separate Abhilfebescheide ergangen. Mit Widerspruchsbescheid vom 18. Juli 2017 wies der Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück. Zur Begründung führte der Beklagte aus, dass die Widersprýche dieselbe Angelegenheit im Sinne von §Â§ 7 Abs. 1, 15 Abs. 2 S. 1 RVG bilden. Alleiniger Grund fÃ¹/₄r die WidersprÃ¹/₄che sei die Erzielung von Einkommen durch die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin zu 2) gewesen, die Widerspr\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)che seien aufgrund einheitlichen Auftrages erfolgt.

Hiergegen haben die Klägerinnen am 3. August 2017 Klage vor dem Sozialgericht Halle erhoben. Zur Begründung führten sie aus, dass zwei rechtliche Angelegenheiten gem. § 17 Nr. 1a RVG vorlägen; diese Vorschrift gehe als speziellere Norm der allgemeinen Vorschrift des § 15 Abs. 2 RVG vor. Es lägen jeweils selbständige Verwaltungsakte mit jeweils eigenen Rechtsbehelfsbelehrungen, jeweils gegen andere Personen gerichtet vor. Der Beklagte habe zwei Abhilfebescheide erlassen und den jeweiligen Widerspruchsverfahren verschiedene Aktenzeichen zugewiesen.

Die KlAzgerinnen beantragen, den Beklagten zu verurteilen, unter AbAznderung

des Kostenfestsetzungsbescheides vom 7. März 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. Juli 2017 den Klägerinnen fÃ⅓r die erfolgreichen WidersprÃ⅓che vom 16. März 2017 die beantragten auÃ∏ergerichtlichen Kosten fÃ⅓r die Widerspruchsverfahren vollumfänglich in Höhe von jeweils 380,80 Euro zu gewähren.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur Begründung bezieht sich der Beklagte auf seine Ausführungen im Ausgangs- und Widerspruchsbescheid.

Die Gerichtsakte und die Verwaltungsakte des Beklagten haben vorgelegen und waren Gegenstand der mýndlichen Verhandlung am 4. Juli 2019. Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhaltes und des Sachvortrages der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte ergänzend verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist als kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage zulĤssig, aber unbegründet.

- I. Der Bescheid des Beklagten vom 7. März 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 18. Juli 2017 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerinnen nicht in ihren Rechten (<u>§ 54 Abs. 2 SGG</u>). Den Klägerinnen steht kein Kostenerstattungsanspruch, der Ã⅓ber den vom Beklagten gewährten Gesamtbetrag von 487,90 Euro hinausgeht, zu.
- 1. GemäÃ∏ <u>§ 63 Abs. 1 Satz 1</u> Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) sind die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen zu erstatten, soweit ein Widerspruch erfolgreich ist. Nach <u>§ 63 Abs. 2 SGB X</u> sind die Gebù¼hren und Auslagen eines Rechtsanwalts im Vorverfahren erstattungsfähig, wenn die Zuziehung eines Bevollmächtigten notwendig war. Die Behörde, die die Kostenentscheidung getroffen hat, setzt den Betrag der zu erstattenden Aufwendungen gemäÃ∏ <u>§ 63 Abs. 3 SGB X</u> fest.

Die Höhe der Vergütung des Rechtsanwalts (Gebühren und Auslagen) bestimmt sich nach den Vorschriften des RVG (§ 1 Abs. 1 RVG). GemäÃ∏ § 3 Abs. 1 RVG entstehen in Verfahren vor den Sozialgerichten, in denen das Gerichtskostengesetz (GKG) nicht anzuwenden ist, Betragsrahmengebühren. Die Höhe der Rahmengebühr bestimmt nach § 14 Abs. 1 RVG der Rechtsanwalt im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Auftraggebers, nach billigem Ermessen.

Nach dem auch fÃ $\frac{1}{4}$ r die BetragsrahmengebÃ $\frac{1}{4}$ hren geltenden $\frac{A}{8}$ 15 RVG wird mit den GebÃ $\frac{1}{4}$ hren die gesamte TÃ $\frac{1}{4}$ tigkeit des Rechtsanwalts vom Auftrag bis zur Erledigung der Angelegenheit abgegolten ($\frac{A}{8}$ 15 Abs. 1 RVG).

2. Der Rechtsanwalt kann die Geb $\tilde{A}^{1/4}$ hren in "derselben Angelegenheit" jedoch nur einmal fordern (\hat{A} § 15 Abs. 2 S. 1 RVG).

Wann dieselbe Angelegenheit im gebührenrechtlichen Sinne vorliegt, ist im RVG nicht abschlie̸end geregelt. Die anwaltlichen Tätigkeitskataloge des <u>§ 16 RVG</u> ("dieselbe Angelegenheit") und des <u>§ 17 RVG</u> ("verschiedene Angelegenheiten") benennen nur Regelbeispiele. Der Gesetzgeber hat die abschlieÃ⊓ende Klärung des Begriffs "derselben Angelegenheit" im Sinne des § 7 Abs. 1 RVG sowie des § 15 Abs. 2 RVG der Rechtsprechung und dem Schrifttum überlassen. Es handelt sich um einen gebührenrechtlichen Begriff, der sich mit dem prozessrechtlichen Begriff des (Verfahrens-) Gegenstandes decken kann, aber nicht muss. WĤhrend die Angelegenheit den für den Einzelfall definierten Rahmen der konkreten Interessenvertretung bezeichnet, umschreibt der Begriff des Gegenstandes inhaltlich die Rechtsposition, für deren Wahrnehmung die Angelegenheit den äuÃ∏eren Rahmen abgibt. Daher kommt es zur Bestimmung, ob dieselbe Angelegenheit vorliegt, auf die UmstĤnde des konkreten Einzelfalls sowie auf den Inhalt des erteilten Auftrags an. Von derselben Angelegenheit im Sinne des § 15 Abs. 2 RVG ist in der Regel auszugehen, wenn zwischen den weisungsgemĤÄ∏ erbrachten anwaltlichen Leistungen, also den verschiedenen GegenstĤnden, ein innerer Zusammenhang gegeben ist, also ein einheitlicher Auftrag und ein einheitlicher Rahmen der anwaltlichen TÄxtigkeit vorliegt. Fļr ein TÄxtigwerden "in derselben Angelegenheit" (§ 7 Abs. 1 RVG) kann es im gerichtlichen Verfahren regelmäÃ∏ig schon genügen, dass die Begehren mehrerer Auftraggeber einheitlich in demselben Verfahren geltend gemacht werden und zwischen ihnen ein innerer Zusammenhang besteht (Zum Ganzen: BSG, Urteil v. 2. April 2014, Az.: B 4 AS 27/13 R, Rn. 15 mit weiteren Nachweisen). Auch bei Individualansprüchen nach dem SGB II kann es sich grundsÄxtzlich um dieselbe Angelegenheit im Sinne des § 15 Abs. 2 RVG handeln, wobei die Konstellation einer Bedarfsgemeinschaft dann eine Erha¶hungsgebã¼hr nach Nr. 1008 VV RVG auslã¶st (BSG, Urteil v. 2. April 2014, aaO., Rn. 16). GrundsÃxtzlich können daher auch im SGB II mehrere AuftrĤge verschiedener Auftraggeber "dieselbe Angelegenheit" sein. Gleiches gilt unter Berücksichtigung der maÃ∏gebenden Umstände des Einzelfalls grundsÄxtzlich auch, wenn die Angelegenheit verschiedene GegenstÄxnde und teilweise getrennte Prüfaufgaben betrifft (BGH, Urteil v. 21. Juni 2011, Az.: VI R 73/10). Auch wenn durch getrennte Bescheide entschieden wurde, gegen die formell selbstĤndige WidersprĽche eingelegt worden sind, liegt jedenfalls dann dieselbe Angelegenheit vor, wenn die Widerspruchsverfahren auf einem vollstĤndig einheitlichen Lebenssachverhalt beruhen ("alleiniger Rechtswidrigkeitsgrund") (vgl. Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, 2. Auflage, Stand 24. Juni 2019, Rn. 116 zu § 63 mit weiteren Nachweisen).

Vorliegend ergibt sich hieraus, dass entgegen der Auffassung der Klägerinnen mehrere Verwaltungsverfahren dieselbe Angelegenheit im gebýhrenrechtlichen Sinne sein können und nicht zwingend verschiedene Verwaltungsverfahren auch verschiedene Angelegenheiten im Sinne von § 17 RVG sind. Entscheidend sind nach der Rechtsprechung von BSG und BGH die Umstände des konkreten Einzelfalles und der Inhalt des erteilten Auftrages. Vorliegend erfolgten zwar jeweils durch die beiden Klägerinnen getrennt eingelegte Widersprýche, jedoch sind die

Widersprā½che in ihrer Begrā½ndung identisch. Auch geht aus den Widerspruchsbegrā½ndungen hervor, dass lediglich ein Mandantengesprā¤ch mit der Klā¤gerin zu 1 "als Sprecherin der Bedarfsgemeinschaft" (die zum Zeitpunkt, fā½r den die ursprā¼ngliche Rā¼ckforderung geltend gemacht wurde, noch bestand) stattgefunden hat. Auch beruhte die Einlegung der beiden Widersprā¼che auf einem einheitlichen Lebenssachverhalt; es bestand ein "alleiniger Rechtswidrigkeitsgrund", nā¤mlich die Anrechnung des Einkommens aus Kindergeld der Klā¤gerin zu 2).

3. Die HĶhe der Vergļtung bestimmt sich nach dem Vergļtungsverzeichnis, welches dem RVG als Anlage 1 angefügt ist (§ 2 Abs. 2 Satz 1 RVG). Die Höhe der Gebühr im Widerspruchsverfahren richtet sich nach Nr. 2302 VV RVG. Nach Nr. 2302 VV RVG liegt die GeschÄxftsgebļhr zwischen 50,00 EUR und 640,00 EUR. Eine Gebühr von mehr als 300 EUR kann nur gefordert werden, wenn die Tätigkeit umfangreich oder schwierig war (sog. Schwellengebühr). Bei der Bestimmung der Gebühr nach § 14 RVG ist grundsÃxtzlich von der Mittelgebühr auszugehen, bei der Gebühr nach Nr. 2302 VV RVG zunächst begrenzt auf die HĶhe der Schwellengebühr. Die Mittelgebühr ist der nach § 14 RVG angemessene Betrag, wenn als Ergebnis aller nach dieser Vorschrift anzustellenden ErwĤgungen die Feststellung zu treffen ist, dass es sich um einen Durchschnittsfall handelt. Unter einem solchen "Normalfall" ist ein Fall zu verstehen, in dem sich die TÄxtigkeit des Rechtsanwalts unter Beachtung der Kriterien des § 14 Abs. 1 RVG nicht nach oben oder unten vom Durchschnitt aller sozialrechtlichen FÃxlle abhebt. Ein Abweichen von der Mittelgebühr ist bei einem Durchschnittsfall nicht zuläxssig (LSG NRW, Beschluss vom 28. Mai 2013, L 9 AS 142/13 B, Rn. 26 m.w.N. â□□ zitiert nach juris). Die vom Prozessbevollmächtigten geltend gemachte Gebühr von 300 Euro für sein Tätigwerden im Widerspruchsverfahren ist im Hinblick auf den Umfang und die Schwierigkeit der anwaltlichen TÄxtigkeit, die Bedeutung der Angelegenheit und die Einkommensund VermĶgensverhĤltnisse seines Auftragsgebers auch unter Berücksichtigung des Haftungsrisikos im Sinne von § 14 RVG als billig anzusehen.

Gem. Nr. 1008 VV RVG war die GeschĤftsgebühr um 30 % zu erhöhen, woraus sich ein Betrag in Höhe von 390 Euro ergibt. Es besteht ein Anspruch auf die Post-und Telekommunikationspauschale (Nr. 7002 VV RVG) von 20,00 Euro und die Umsatzsteuer von 77,90 Euro, woraus sich ein Gesamtbetrag von 487,90 Euro ergibt. Dieser wurde von der Beklagten mit dem angefochtenen Bescheid auch festgesetzt.

II. Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

III. Die Berufung wird zugelassen. Die Berufung ist zulassungsbed $\tilde{A}^{1}/_{4}$ rftig, da der Berufungsstreitwert von 750,00 EUR (\hat{A} § 144 Abs. 1 Nr. 1 SGG) nicht erreicht wird. Zulassungsgr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde im Sinne von \hat{A} § 144 Abs. 2 SGG liegen nach Ansicht der Kammer deshalb vor, weil f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Konstellation des Nichtvorliegens einer Bedarfsgemeinschaft bislang keine obergerichtliche Entscheidung ergangen ist.

Erstellt am: 03.02.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024